

Doris Leuthard im Mittelpunkt der Sondersession des Nationalrats

Als die Mitglieder des Nationalrats Mitte April die Einladung für die Maisession erhielten, ahnte niemand, dass das Thema „Bundesratswahl“ die Gespräche in der Wandelhalle bestimmen würde. Nach dem plötzlichen Rücktritt von Bundesrat Joseph Deiss ist seine Nachfolge in der Landesregierung das Thema Nummer eins in der Schweiz.

Bundesrat Deiss's überraschender Rücktritt

Bundesrat Joseph Deiss überraschte mit seinem plötzlichen Rücktritt die ganze Schweiz. Alles ging davon aus, dass er seine Amtsdauer bis 2007 zu Ende führen würde. Nun, er hat sich – seinen Aussagen entsprechend - ohne Absprache mit Bundesrat und Partei, anders entschieden. Zuerst als Aussenminister, und in den vergangenen vier Jahren als Vorsteher des Volkswirtschaftsdepartements, war er seit 1999 Mitglied unserer Landesregierung. In beiden Funktionen hat er je einen entscheidenden politischen Erfolg zu verbuchen. Der Beitritt der Schweiz zur UNO erfolgte in seiner Amtszeit als Aussenminister. Und im Volkswirtschaftsdepartement kann er auf kontinuierlich sinkende Arbeitslosenzahlen hinweisen. Beide Tatsachen allein auf ihn zu beziehen, wäre eine unverhältnismässige Personifizierung der Sache. Aber immerhin hat er sich in beiden Angelegenheiten als zuständiger Minister stark engagiert. Mit Joseph Deiss tritt ein Bundesrat von der Bühne, der mehr intellektueller Arbeiter und beharrlicher Diplomat war als charismatischer Führer und gefürchteter Debattierer. Seine Stärke war das Verhandeln, das Aushandeln von Verträgen und das Finden von tauglichen Lösungen. Zugesetzt haben ihm die verschärfte Polarisierung im Bundesrat und das daraus resultierende zerstrittene Bild, welches unsere Landesregierung gegenwärtig in der Bevölkerung hinterlässt.

Bundesratswahl am 14. Juni

Sofort nach dem Rücktritt von Bundesrat Deiss wurde Nationalrätin Doris Leuthard als Kronfavoritin in der Frage der Nachfolge gehandelt. Innert zweier Wochen hatte sie eine schwierige Entscheidung zu treffen. Entweder Parteipräsidentin zu bleiben und damit als Aushängeschild den Aufwärtstrend der CVP an vorderster Front weiter voranzutreiben. Oder aber die Gunst der Stunde zu nutzen und sich als parteiintern unbestrittenen Kandidatin der Wahl zu stellen. Am letzten Dienstag hat sie der versammelten Bundeshauspresse erklärt, sie habe sich für den zweiten Weg entschieden und stelle sich der Fraktion und anschliessend der Bundesversammlung zur Wahl. Die CVP Fraktion wird voraussichtlich eine Einerkandidatur Leuthard beschliessen. Damit vermeidet sie parteiinterne Gerangel in Bezug auf eine zweite Kandidatur. Und so wird die designierte Kandidatin am 14. Juni mit grosser Wahrscheinlichkeit als Bundesrätin gewählt. Die Spannung im Bundeshaus ist momentan fast grösser in Bezug auf die nachfolgende Departementsverteilung und die personelle Neubesetzung des Parteipräsidiums der CVP.

Privatisierung der Swisscom

In einer mit Spannung erwarteten, fünfstündigen Debatte hat der Nationalrat dem Bundesrat nicht gefolgt und hat die Privatisierung der Swisscom mit 99 : 90 bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Vorausgegangen war eine total verunglückte Kommunikationsstrategie des Bundesrates. Zur Erinnerung: Ende 2005 verkündeten der Reihe nach drei Bundesräte (Merz, Leuenberger und Blocher) widersprüchliche Meldungen über die Absicht der Landesregierung, die Swisscom zu verkaufen. Daraufhin entbrannte bei den Parteien und in der Presse ein eigentlicher Abstimmungskampf im Hinblick auf die Diskussion im Parlament. Die Fraktionen hatten sich denn auch gründlich für die Diskussion vorbereitet. Es war zum Voraus klar, dass eine knappe Entscheidung bevorstand. Schliesslich setzten sich SP, Grüne und CVP gegenüber SVP und FDP durch und lehnten die Vorlage des Bundesrates ab. Auffallend war, dass die Fraktionen sehr geschlossen auftraten. Die Ausnahmen waren die beiden SVP Nationalräte Ursula Haller (BE) und Hansjörg Hassler (GB), welche gegen eine Privatisierung votierten; auf der andern Seite stimmte Gerhard Pfister (CVP / ZG) für die Vorlage. Es wäre zu einfach, die ganze Angelegenheit ausschliesslich aus dem Blickwinkel

Rechts-Links zu betrachten. Gerade das Beispiel der beiden abweichenden Exponenten der SVP zeigt, dass die Vertreter der Randregionen sich um die Aufrechterhaltung des Service public sorgen. Persönlich habe ich eine Güterabwägung zwischen den Vor- und Nachteilen einer Privatisierung der Swisscom vorgenommen. Dabei komme ich zum Schluss, dass eine Einrichtung unter staatlichem Einfluss die gute, flächendeckende Grundversorgung besser gewährleisten kann als eine private Organisation. Die Vorstellung, bei einer Privatisierung das Entscheidungszentrum für die Schweizer Telekommunikation in ein paar Jahren in London, Berlin oder New York zu wissen, mahnt zur Vorsicht. Es geht neben der Grundversorgung auch um die vielen guten Arbeitsplätze, welche die Branche momentan im Inland anzubieten hat. Und diese erscheinen sicherer, wenn die Entscheidungskompetenzen auch längerfristig in der Schweiz bleiben.

Als Zweitrat wird sich der Ständerat voraussichtlich in der Herbstsession ebenfalls mit dem Geschäft befassen. Auch dort ist ein knapper Ausgang vorprogrammiert.

Vorher findet zwischen 6. und 23. Juni die Sommersession mit der Bundesratswahl am 14. Juni statt. Darüber berichte ich in meinem nächsten Sessionsbrief.

Ruedi Lustenberger, Nationalrat (CVP), Romoos